

**Antrag**  
**der Fraktion DIE GRÜNEN**

**Doppelbeschluß der NATO und Stand der Genfer INF-Verhandlungen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. das Einverständnis zur bevorstehenden Stationierung von Pershing-Raketen und Marschflugkörpern auf deutschem Boden zurückzuziehen,
2. einer möglichen Forderung der USA, in der Bundesrepublik Deutschland Neutronenwaffen zu lagern, zu keiner Zeit zu entsprechen,
3. von den USA den Abzug aller in der Bundesrepublik Deutschland lagernden chemischen Kampfstoffe zu verlangen,
4. der Sowjetunion klarzumachen, daß die geforderten Abrüstungsschritte der NATO erleichtert würden, wenn die Sowjetunion schon jetzt mit dem Abbau der SS 20 mindestens bis zur Höhe der britischen und französischen Mittelstreckenraketen beginnt,
5. von den Nuklearmächten der NATO und des Warschauer Pakts den sofortigen Beginn von Verhandlungen mit dem Ziel zu fordern,
  - die Abschaffung aller nach einer Reduzierung gemäß Nummer 4 noch verbleibenden Mittelstreckenwaffen,
  - die Entfernung aller in Mitteleuropa lagernden sonstigen Nuklearwaffen und chemischen Waffen
  - und damit ein als Vorstufe zur weitergehenden Abrüstung ein von Massenvernichtungswaffen freies Mitteleuropa zu vereinbaren und
  - die Atomwaffenversuche sofort zu stoppen.

Bonn, den 17. November 1983

**Beck-Oberdorf, Schily, Kelly und Fraktion**

## Begründung

Die Strategie der Abschreckung mit Nuklearwaffen, also der Versuch, den militärischen Angriff eines potentiellen Gegners durch die Androhung von Massen- ja Völkermord zu verhindern, ist weder ein moralisch vertretbares noch ein militärstrategisch zuverlässiges Instrument zur Friedenssicherung.

Die ethische Unzulässigkeit des Abschreckungsdenkens und -handelns ist von der nach Millionen zählenden Friedensbewegung, von verschiedenen einflußreichen gesellschaftlichen Verbänden und auch von den großen christlichen Religionsgemeinschaften in eindringlicher Klarheit festgestellt und begründet worden.

Die militärstrategische Unzuverlässigkeit der Abschreckungsmechanismen ergibt sich aus der Kombination neuartiger, durch hohe Treffgenauigkeit und kurze Flugzeiten gekennzeichneter Nuklearwaffen mit den gravierenden Veränderungen in den strategischen Zielsetzungen der Vereinigten Staaten von Amerika, die nicht mehr auf Kriegsverhinderung, sondern erkennbar auf eine offensive Kriegsführung im Konfliktfall ausgerichtet sind.

Das Air-Land-Battle-Konzept der USA und die daraus in Gestalt der Dienstvorschrift FM 100-5 entwickelte konkrete Handlungsanweisung für die amerikanischen Streitkräfte bestätigen die Ablösung des Konzepts der Vorverteidigung durch eine aggressive Vorwärtsstrategie, die sich nicht mehr auf die Zurückweisung eines militärischen Angriffs beschränkt, sondern den mit nuklearen und chemischen Waffen unterstützten eigenen Angriff tief in das Land des Kriegsgegners als die allein kriegsentscheidende und Sieg verbürgende Handlung zum Ziel hat.

Unerläßliche Voraussetzung für das neue Offensivkonzept der USA sind treffgenaue nukleare Mittelstreckenwaffen, Neutronenwaffen und chemische Waffen in Europa. Die entsprechenden Rüstungsvorhaben der USA müssen deshalb – von allen Scheinbegründungen entkleidet – im Zusammenhang mit den geänderten amerikanischen Kriegsführungsvorstellungen gesehen und bewertet werden.

Mit diesen Kriegsführungsvorstellungen erhält die Nordatlantische Allianz den Charakter einer Organisation zur Unterstützung amerikanischen Groß- und Vormachtstrebens, deren weltumspannende Bedeutung im Williamsburger Gipfeltreffen durch die Teilnahme Japans unterstrichen worden ist. Die europäischen Mitglieder dieser Organisation werden zu Handlungsgehilfen degradiert, die nicht einmal erwarten können, vor geplanten amerikanischen Angriffshandlungen konsultiert zu werden, wie der durch nichts gerechtfertigte, völkerrechtswidrige Angriff der USA auf Grenada soeben erneut bewiesen hat.

Diese gefährliche Entwicklung durch Förderung oder auch nur Duldung der amerikanischen Aufrüstungsprogramme in den westeuropäischen Ländern zu unterstützen, liegt nicht im europäischen Interesse. Frieden und Sicherheit in Europa gebieten es vielmehr, die westeuropäischen Länder unter keinen wie immer

gearteten Umständen für eine Stationierung amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen, Neutronenwaffen und chemischer Waffen zur Verfügung zu stellen.

Daran ändert die Tatsache nichts, daß auch die Sowjetunion Westeuropa mit einer Vielzahl nuklearer Mittelstreckenwaffen in ungerechtfertigter und dem Prozeß der Entspannung nicht förderlicher Weise bedroht. Allerdings muß von der UdSSR verlangt werden, dieses Mittelstreckenpotential unverzüglich so zu reduzieren, daß es nurmehr dem Umfang der britischen und französischen Mittelstreckenwaffen entspricht.

Darüber hinaus ist von allen Mächten, die Massenvernichtungswaffen in und für Europa bereithalten, die Bereitschaft zum sofortigen Beginn von Verhandlungen zur Vereinbarung eines von Massenvernichtungswaffen freien Mitteleuropas zu fordern.

